

## Abstimmungsempfehlungen der SN-Redaktion

# Die Vorteile überwiegen

Geht es nach der Regierung und dem Parlament, erhält der Kanton Schaffhausen einen Energie- und Klimafonds. 15 Millionen Franken stehen dafür als Ersteinlage bereit. Die Fondslösung bringt im Vergleich zur jetzigen Regelung zahlreiche Vorteile. Diese sollen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Gelder nur nach sorgfältiger Prüfung gesprochen werden.

### Regula Lienin

Der Klimawandel ist Realität. Die Auswirkungen steigender Temperaturen, länger anhaltender Trockenphasen und vermehrter Starkregenfälle sind regional spürbar. Sich nicht dagegen zu wappnen wäre falsch. Fakten sind auch der vom Volk beschlossene Ausstieg aus der Atomkraft und der Krieg in der Ukraine, der die Abkehr von den fossilen Brennstoffen nur noch dringlicher erscheinen lässt. Auch hier muss man konstatieren: Bloss abzuwarten wäre fatal.

Der Schaffhauser Regierungsrat hat in seiner Energiestrategie 2020 rund 70 Massnahmen definiert, die der Kanton aktiv angehen soll. Dabei geht es einerseits darum, den CO<sub>2</sub>-Ausstoss mit der Förderung erneuerbarer Energie zu reduzieren. Andererseits soll auf Klimaveränderungen reagiert werden, indem beispielsweise neue Arten gepflanzt werden. Dass sich die Massnahmen nicht kostenlos umsetzen lassen, liegt auf der Hand. Dies hat auch das Parlament vor knapp zwei Jahren erkannt, als es der Bildung einer finanzpolitischen Reserve in Höhe von 15 Millionen Franken für einen Energie- und Klimafonds zustimmte.

### Minderheit war skeptisch

Dass es am 15. Mai zu einem Urnengang kommt, liegt an einer skeptischen Minderheit im Kantonsrat. Immerhin 15 Parlamentarierinnen und Parlamentarier haben sich gegen die Fondsbildung ausgesprochen. Die Gegner stören sich unter anderem am, wie sie es nennen, Automatismus, mit dem die beiden Fonds auch künftig geäuft werden sollen. Indirekt geht es auch um Grundsätzlicheres: Um die Frage, ob und inwiefern der Klimawandel menschenverursacht ist und was dagegen zu tun ist. Die Energiestrategie 2020 wurde von der Regierung erarbeitet und verabschiedet – der Kantonsrat konnte sie lediglich zur Kenntnis nehmen. Wer also mit den darin vorgeschlagenen Massnahmen nicht einverstanden ist, kann dies nur über die Ablehnung der Finanzierlösung kundtun.

Für die Bildung eines Energie- und Klimafonds gibt es gute Gründe. Die Folgen der Klimaveränderungen werden über



Die Förderung von erneuerbaren Energien soll verstärkt werden: Der Klima- und Energiefonds würde dabei helfen.

BILD MELANIE DUCHENE

Jahrzehnte ein Thema sein. Ihre Bekämpfung ebenfalls. Dass die dafür zur Verfügung gestellten Geldmittel über einen längeren Zeitraum gebündelt bereitstehen, macht deshalb Sinn. Dies kommt auch den Gemeinden zugute, die so ihre finanziellen Aufwendungen im Bereich Klimaanpassungen besser stemmen können. Zudem sind durch das Engagement des Kantons Bundesbeiträge gesichert. Die Minimalbeiträge der beiden Fonds in Höhe von zwei respektive einer Million Franken sind verantwortlich. Ausserdem hat der Kantonsrat Gelegenheit zu intervenieren: Er entscheidet über die von der Regierung vorgeschlagenen Neueinlagen.

Dass künftig immer ein Betrag für die Umsetzung der Massnahmen aus der Kli-

mastrategie zur Verfügung steht, schafft Kontinuität und Planungssicherheit. Dies in einem Bereich, in dem besser vorwärts-gemacht wird. Die erneuerbaren Energien werden ein Thema bleiben, selbst wenn die Atomkraft angesichts der sich abzeichnenden Stromknappheit wieder ernsthaft diskutiert wird. Die Abkehr von Erdgas in Heizsystemen erhält durch den Ukraine-Krieg ein gewichtiges neues Argument.

### Furcht ist unangebracht

Die Skepsis der Gegner ist nicht unberechtigt. Die Fondsgelder müssen sorgfältig und nach Vorgabe eingesetzt werden. Auch die Neueinlagen bedingen eine genaue Prüfung. Die Furcht aber, die auf längere Sicht mit Geldern gefüllten Fonds

wären ein Fass ohne Boden, ist unangebracht. Es gelten die bestehenden Finanzkompetenzen. Für das Parlament gibt es genügend Interventionsmöglichkeiten. Die Vorteile der Fondslösung überwiegen insgesamt klar. Nicht zuletzt wird damit Transparenz in der Energie- und Klimafrage geschaffen. Bei einem Ja würden künftig sämtliche Ausgaben, die im Zusammenhang mit der Umsetzung der Klimastrategie getätigt werden, departementsübergreifend ausgewiesen.

Wie gut eine Vorlage ist, zeigt sich immer erst nach ihrer Umsetzung. Das liegt in der Natur der Sache. Die Fondslösung ist aus heutiger Sicht plausibel und der Thematik angemessen. Die SN-Redaktion empfiehlt daher, der Vorlage zuzustimmen.



**Logische Konsequenz**  
Die Fondsbildung ist die Folge der beschlossenen Klimastrategie und der Bildung der finanzpolitischen Reserve.

**Planungssicherheit**  
Private, Unternehmen, aber auch gemeindeübergreifende Projekte können vorwärtskommen.

**Transparenz**  
Die über Jahre angelegten Ausgaben werden mit den Fonds transparenter ausgewiesen.



**Lösung ohne Ende**  
Durch die erneuten Einlagen in den Energie- und Klimafonds entsteht ein Automatismus.

**Gegen Mechanismus**  
Die demokratische finanzpolitische Steuerung wird durch die unbefristeten finanziellen Zuwendungen eingeschränkt.

**Finanzielle Bedenken**  
Nach Jahren guter Finanzabschlüsse werden auch wieder finanziell schlechte Jahre folgen.

# Eine unnötige Steuererhöhung verhindern

Die Idee der Corona-Solidaritätsinitiative ist ehrenvoll. Doch der Kanton befindet sich nicht in der Position, um den Steuerzahlenden noch mehr Geld aus der Tasche zu ziehen. Für Pandemiegeschädigte existiert zudem ein Reservetopf, dieser soll auch genutzt werden.

### Dario Muffler

Wer einem Kind eine Aufgabe gibt, damit es sich im Anschluss etwas Süßes oder einen Batzen verdient, der muss das Versprechen nach getaner Arbeit einhalten. Tut man das nicht, verliert beispielsweise das Elternteil mit der Zeit seine Glaubwürdigkeit. Diese droht nun auch der Kanton Schaffhausen bei seinen Bürgerinnen und Bürgern zu verspielen.

Erst am 13. Februar hat eine grosse Mehrheit der Schaffhauser Stimmbewölkerung an der Urne Ja gesagt zu einer moderaten Senkung der Vermögenssteuersätze für Vermögen unter 1,75 Millionen Franken sowie zu höheren Versicherungsabzügen. Zudem hat sich die Stimmbewölkerung für eine temporäre Steuerfussenkung für juristische und für natürliche Personen ausgesprochen. Die Schaffhauserinnen und Schaffhauser wollen also weniger Steuern bezahlen müssen.



**Generationengerecht**  
Wenn jetzt mehr Geld für Folgekosten da ist, müssen spätere Generationen weniger bezahlen.

**Befristete Dauer**  
Die Steuererhöhung ist nicht dauerhaft.



**Grosse Reserven**  
Der Kanton hat grosse Reserven, sogar spezielle für Coronafolgen.

**Standortattraktivität**  
Die Steuererhöhung schadet dem Standort.

Nun will eine Initiative, dass Vermögende im Kanton Schaffhausen während fünf Jahren eine höhere Steuer bezahlen müssen. Sie trägt den Namen «Corona-Solidaritätsbeitrag von Vermögenden während 5 Jahren» und sieht vor, dass ab einem steuerbaren Vermögen von zwei Millionen Franken ein Zuschlag von 0,3 Promille erhoben wird. Gültig wäre diese Bestimmung von 2023 bis 2027.

### Gut gemeint, aber ...

Die Absicht der Initianten mag gut sein. In einer ausserordentlichen Lage – und dazu gehört die Pandemie zweifellos – müssen ausserordentliche Leistungen erbracht werden. Sie glauben, dass eine erhöhte Steuerbelastung der richtige Weg ist, damit jene mit dickerem Portemonnaie solidarischer sind mit all jenen, denen die Pandemie einen finanziellen Schaden zugefügt hat. Doch wenn nach dem Volks-Ja, das damit verbundene Versprechen nicht

eingehalten, sondern sogleich wieder rückgängig gemacht wird, ist dies unverständlich. Zumal gar keine Not besteht, am eingeschlagenen Kurs etwas zu ändern.

Der Kanton Schaffhausen – man kann es aktuell fast nicht anders sagen – schwimmt im Geld. Viel davon stammt von juristischen Personen oder von Institutionen wie der National- oder Kantonalbank. Doch auch die natürlichen Personen tragen ihren Teil bei. Wenn der Staat über Jahre zu viel Geld eingenommen hat, ohne dass er seine Leistungen abbauen musste, dann muss er den Bürgerinnen und Bürgern einen Teil des Geldes zurückgeben und nicht nur mehr Steuern einfordern.

### ... es trifft die Falschen

Wer sieht, dass der Kanton auf Eigenkapital von über einer halben Milliarde Franken verfügt, dem erscheinen die Mehreinnahmen von jährlich 3,3 Millionen Franken fast läppisch.

Natürlich kann man diese Argumentation auch als Befürworter aufgreifen: Die zusätzliche Belastung sei moderat, heisst es dann. Mag sein, dass dies für Personen mit Vermögen über zwei Millionen Franken zutrifft. Dort ist eine jährliche Mehrbelastung von rund 270 Franken wohl relativ gut verkraftbar. Doch diese Sichtweise ignoriert, dass mit der Annahme der Initiative alle Bürgerinnen und Bürger mit steuerpflichtigem Vermögen mehr bezahlen müssen als mit den heute geltenden Steuersätzen.

Wieso? Die Initiative wurde erarbeitet, als im Kanton noch höhere Vermögenssteuersätze gegolten haben. Diese würden früher oder später – das ist juristisch zwischen Befürwortern und Gegnern umstritten – wieder in Kraft treten. Dann müssten nicht nur Superreiche mehr bezahlen, sondern auch einfache Häuschenbesitzer.

Aus all diesen Gründen empfehlen die «Schaffhauser Nachrichten», die linke Initiative abzulehnen.